



**Aufruf:**

**Waldorfschulen für eine vielfältige, inklusive und demokratische Gesellschaft  
– gegen jegliche Form von Diskriminierung, gegen Antisemitismus und  
politischen Extremismus**

Unsere Haltung ist eindeutig: Freie Waldorfschulen sehen „als Schulen ohne Auslese, Sonderung und Diskriminierung ihrer Schüler:innen alle Menschen als frei und gleich an Würde und Rechten an, unabhängig von ethnischer Zugehörigkeit, nationaler oder sozialer Herkunft, Geschlecht, Sprache, Weltanschauung oder Religion.“ (*Stuttgarter Erklärung 2007/2020<sup>1</sup>*)

Damit treten wir ein für die im Grundgesetz verfassten Grundrechte jedes Menschen und wenden uns gegen rassistische Diskriminierung, Antisemitismus und jegliche Formen von Diskriminierung. Als internationale Waldorfschulbewegung ist uns die Gleichwertigkeit aller Menschen wichtig. In Partnerschaft mit Waldorfschulen weltweit treten wir aktiv für die Menschenrechte ein.

Rechtsextremistische Politiker wie Björn Höcke<sup>2</sup>, neurechte Autoren und Verleger wie Götz Kubitschek<sup>3</sup> sowie zahlreiche weitere rechtsextreme Akteure verfolgen klar benannte Ziele, die der Gesellschaft durch aktuelle Recherchen<sup>4</sup> Anfang Januar 2024 unmissverständlich deutlich gemacht wurden: Menschenrechte werden für einzelne Gruppen infrage gestellt und groß angelegte Deportationen geplant, (schulische) Inklusion soll rückgängig gemacht werden<sup>5</sup>, kurz: Menschenleben werden selektierend bewertet, Menschenrechte sollen ausgehebelt werden.

Als ein im Bildungswesen aktiver Verband agieren wir grundsätzlich überparteilich. Die aktuelle Situation erfordert allerdings eine eindeutige Positionierung aller zivilgesellschaftlichen Akteure. Die in unserem Verband zusammengeschlossenen 255 Waldorf- und Rudolf-Steiner-Schulen haben bereits 2007 und 2020 die Stuttgarter Erklärung verabschiedet und wir bestärken heute:

Mit den in der Stuttgarter Erklärung verankerten Werten ist rechtsextremistisches, faschistisches, antisemitisches oder völkisch-biologisches Gedankengut, wie es insbesondere von Parteien und Gruppierungen wie der AfD (Alternative für

---

<sup>1</sup> [https://www.waldorfschule.de/fileadmin/downloads/Erklaerungen/Stuttgarter-Erklaerung\\_11\\_2020.pdf](https://www.waldorfschule.de/fileadmin/downloads/Erklaerungen/Stuttgarter-Erklaerung_11_2020.pdf)

<sup>2</sup> Siehe beispielhaft Publikation „Nie zweimal in denselben Fluss: Björn Höcke im Gespräch mit Sebastian Hennig (Politische Bühne. Originalton). Broschiert – 21. Juni 2018“

<sup>3</sup> Siehe beispielhaft [https://sezession.de/wp-content/uploads/2009/07/Kubitschek\\_Provokation.pdf](https://sezession.de/wp-content/uploads/2009/07/Kubitschek_Provokation.pdf). In seinem vom Verfassungsschutz als rechtsextremistischen Verdachtsfall eingestuftem Antaios Verlag publizieren u. a. Caroline Sommerfeldt und Martin Barkhoff (Barkhoff/Sommerfeld, Volkstod – Volksauferstehung, 2021)

<sup>4</sup> <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/>

<sup>5</sup> <https://www.fr.de/politik/news-hoecke-afd-inklusion-empuert-sommerinterview-aussagen-kinder-mit-behinderungen-zr-92451868.html>



Deutschland), der Partei dieBasis<sup>6</sup>, den Reichsbürgern, der Identitären Bewegung oder der sogenannten WerteUnion vertreten wird, nicht vereinbar.

Die beeindruckenden Demonstrationen gegen rechtsextremistische Tendenzen und für die Demokratie unterstützen wir und sind als Bund der Freien Waldorfschulen u. a. Unterzeichner des Bündnisses „Gemeinsam Hand in Hand“<sup>7</sup>.

Zusätzlich zu diesen Protesten ist ein dauerhaftes Engagement für Demokratie unerlässlich. Schulen sind der Demokratiebildung der ihnen anvertrauten Schüler:innen verpflichtet: Hier erlernen Kinder und Jugendliche die demokratische Kultur und ihre politischen Regeln, die das Fundament eines Rechtsstaates ausmachen. Waldorfschulen sind ein vitaler Begegnungsraum von Eltern, Kollegien und Lernenden, die in ihrem Miteinander die Sozialgestalt der jeweiligen Schule bilden. Lasst uns diese Begegnungsräume in obigem Sinne ergreifen. Lasst uns in unseren Schulen Verantwortung übernehmen und Diskussionsräume bewusst gestalten. Lasst uns auch die schwierigen Gespräche aufsuchen und uns sachlich, fair, aber argumentativ geschärft für die Unveräußerlichkeit von Menschenrechten und gegen jegliche Relativierung derselben einsetzen!

*Stuttgart/Berlin, 31. Januar 2024*

*Bundesvorstand, Bundesgeschäftsführung und Mitglieder der Bundeskonferenz  
Bund der Freien Waldorfschulen e.V.*

---

<sup>6</sup> „dieBasis“ ist beispielsweise im „Bündnis für Thüringen“ (unter anderem eingegangen mit der WerteUnion) aktiv, das sich entlarvend „Brücken statt Brandmauern“ nennt: <https://diebasis-partei.de/2023/10/bruecken-statt-brandmauern/> und [https://www.buendnis-fuer-thueringen.de/wp-content/uploads/sites/13/2023/10/Kurzprogramm\\_BuendnisFuerThuringen\\_17\\_10.pdf](https://www.buendnis-fuer-thueringen.de/wp-content/uploads/sites/13/2023/10/Kurzprogramm_BuendnisFuerThuringen_17_10.pdf)

Ein solches Statement kann nicht dadurch relativiert werden, indem auf andere von der Partei vertretene Thesen verwiesen wird. Die demokratische Wählbarkeit einer Partei impliziert nicht per se, dass ihr Gedankengut die demokratischen Grundwerte widerspiegelt.

<sup>7</sup> <https://gemeinsam-hand-in-hand.org/>